

## Bericht aus dem Ballhausforum vom 29.1.2009 von Roswitha Bendl:

Ihre Unzufriedenheit mit den Antworten auf die Einwendungen haben die Erdinger Vertreterinnen im Aktionsbündnis aufgeMUCkt, Dr. Renate Poeschel (BI Erding) und Roswitha Bendl (Christen für die Erhaltung der Schöpfung im Erdinger Land) heute im Erörterungsverfahren zur 3. Startbahn im Ballhausforum in Unterschleißheim deutlich zum Ausdruck gebracht.

Thema war unter anderem der Punkt „Sicherheit“. Während Betroffene aus der Stadt Freising vor allem ihre Ängste bezüglich möglicher Flugzeugabstürze auf Grund der unmittelbaren Nähe der Stadt äußerten, gingen die Erdinger Vertreterinnen auf das Thema Gefährdung durch die Nähe der Atomreaktoren in Ohu ein.

Dass eine Zunahme der Flüge auch mehr Gefährdung berge, sei ein logischer Schluss, so Dr. Poeschel.

Die Routen liegen heute bereits nur 20 km vom AKW entfernt. Keine Gesetze können aber etwas gegen Abweichungen ausrichten und auch menschliches Versagen muss immer einkalkuliert werden. Auch das Zwischenlager beim AKW, das eigentlich nur eine normale Halle sei, empfand Poeschel wegen seiner Nähe zum Flughafen als große Belastung. In der Vergangenheit habe es zudem bei außerordentlichen Gefährdungen von Menschen immer geheißen „Es bestand zu keiner Zeit Gefahr für Bevölkerung“. Diese Tatsache steigere in keiner Weise das Sicherheitsgefühl der Bürgerschaft.

Die Antwort von Herrn Gschwendner von der FMG, dass weder die FMG noch die Regierung von Oberbayern befugt seien Flugrouten festzulegen, sondern dass dies durch eigene Rechtsordnung geschehe, empfand sie als zynisch und bemerkte zum Abschluss ihrer Rede, „das ist genau die Art von Antwort, die man hier erwartet.“

Roswitha Bendl gab sich zunächst entrüstet über die Aussagen, die Rechtsanwalt Dr. Gronefeld (FMG) in der Antwort auf einen vorherigen Redner gemacht hatte. Er hatte sich überzeugt gegeben, dass der Trend zur Zunahme des Luftverkehrs nicht enden werde und es auch nötig sei, die Bedürfnisse der Menschen bezüglich des Flugverkehrs zu befriedigen. Er setzte auf Hoffnung und Gewissheit, dass mit Krisen erfolgreich umgegangen werden kann.

Bendl forderte daraufhin ein, dass dies gerade für eine der größten Krisen der Menschheit, nämlich die Klimaveränderung gelten müsse und betonte, es sei für sie völlig unverständlich, dass man angesichts dieser Zukunftsprognosen offensichtlich noch auf ungebremstes Wachstum des Flugverkehrs setzen könne.

Da Gronefeld zuvor die konkrete Anfrage, ob bei der Antragserstellung staatliche/öffentliche Stellen geholfen oder mitgewirkt haben, als „völlig unmöglichen Vorgang“ und unrealistisch zurückwies, erwiderte Bendl, dass sich die aufgeMUCkt –Leute vor Jahren auch noch nicht hätten träumen lassen, dass bei der Erstellung des deutschen Fluglärmsgesetzes Vertreter der Fluglobby in den Ministerien mitarbeiten würden, was inzwischen aber als Tatsache bekannt sei – ein Grund mehr, illegale Vernetzungen für möglich zu halten.

Zum Thema Ohu betonte Bendl, dass ihr die Erwidierungen der FMG die Angst nicht nehmen konnten, dass durch die neue Bahn und die damit verbundenen erhöhten Flugbewegungen das Risiko erheblich steige, dass es zu einem Flugzeugabsturz auf Ohu und damit zu einer ungeahnten Katastrophe für die gesamte Region und darüber hinaus kommen könne. Sie zitierte in diesem Zusammenhang den Atomwissenschaftler Klaus Traube, der bezüglich einer Reaktor-Katastrophe in Isar I wesentlich schlimmere Folgen als bei Tschernobyl für möglich hielt.

Auch verwies sie auf eine Studie der Gesellschaft für Reaktorsicherheit, die nach dem 11.9.01 Flugzeugabsturzzenarien auf deutsche Kernkraftwerke geprüft hatte und zu einem alarmierenden Ergebnis gekommen war. Kein einziger deutscher Atommeiler sei so gegen einen Flugzeugabsturz gesichert, dass eine Katastrophe ausgeschlossen werden könne, war damals zu erfahren.

Das Argument der FMG, dass die ausreichende Sicherung von Atomkraftwerken gegen das Risiko von Flugzeugabstürzen Gegenstand der atomrechtlichen Genehmigung war und diese nur erteilt werde, wenn die nach dem Stand der Wissenschaft und Technik erforderliche Vorsorge gegen Schäden getroffen ist, wollte Bendl ebenso nicht gelten lassen:

„Der Hinweis auf die nötige Vorsorge, ist für mich kaum nachvollziehbar. Gerade in Zeiten von Bankenkrise und Landesbankschlamassel, bin ich nicht bereit, irgendwelchen ähnlichen Behauptungen zu vertrauen.“